

die Bundeswehr atomar aufzurüsten und die Bevölkerung durch revan- chistische Hetze auf einen dritten Weltkrieg vorzubereiten. Mit einem dritten Staatsstreich will die Bonner Regierung vollendete Tatsachen schaffen, Westdeutschland in die atomare Aufrüstung einbeziehen, um auf diesem Wege ihre Vorherrschaft in Westeuropa durchzusetzen und eine Gleichstellung mit den USA zu erreichen. Vor dem deutschen Volk zeichnet sich die Gefahr der lang dauernden Spaltung des Landes ab.

In Vorbereitung und Durchführung des 20. Jahrestages ist darum das Geheimnis zu enthüllen, wie das deutsche Monopolkapital zwei Welt- kriege vom Zaune gebrochen und gesetzmäßig verloren hat. Besonders unter der jungen Generation, die den Kapitalismus aus eigener Erfah- rung nicht mehr kennt, gilt es, am Beispiel der geschichtlichen Lehren nachzuweisen, wie das staatsmonopolistische Westdeutschland heute wiederum die Gefahren einer Weltkatastrophe heraufbeschwört.

Wir erklären offen, daß es nur einen Weg zur friedlichen Lösung der deutschen Frage gibt. Am Anfang dieses Weges steht die Aufnahme von Verhandlungen zwischen den Regierungen der beiden deutschen Staaten auf gleichberechtigter Grundlage und die gegenseitige Anerkennung der beiden deutschen Staaten. In der Ansprache des Vorsitzenden des Staats- rates der DDR, Walter Ulbricht, zum Jahreswechsel 1964/65 sind kon- krete Vorschläge unterbreitet worden, um den Frieden zu sichern und Voraussetzungen für die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staa- ten zu schaffen. Diese Vorschläge umfassen:

1. Rüstungsstopp in beiden deutschen Staaten und Verwendung der eingesparten Gelder für soziale und Bildungszwecke.
2. Verzicht beider deutscher Staaten auf Atomrüstung in jeglicher Form.
3. Verhandlungen über die Herstellung normaler Beziehungen zwi- schen beiden deutschen Staaten und zwischen der DDR und dem beson- deren Gebiet Westberlin.
4. Beseitigung der Diskriminierung im Handel zwischen den beiden deutschen Staaten und Abschluß eines Vertrages über die gegenseitige Errichtung von Handelsvertretungen.
5. Bildung von gemeinsamen Kommissionen für Fragen des Handels, des Verkehrs, der Finanzen und der Rechtshilfe, die auf gleichberechtig- ter Basis arbeiten.
6. Einstellung jeder Diskriminierung der Bürger der DDR im Reise- verkehr.